

Frank Theile

Fraktionsvorsitzender

Fraktionsadresse:

Alter Markt 6

39104 Magdeburg

E-Mail: theile@mandatos.magdeburg.de

www.dielinke-stadtratsfraktion-md.de

PRESSEMITTEILUNG

Magdeburg, 19. September 2011

Öffnung Schulbezirke?

„Im Interesse der freien Schulwahl, wie sie bei Gymnasien und Gesamtschulen längst üblich ist, plädiert DIE LINKE. perspektivisch für die Öffnung der Schulbezirke bei Sekundarschulen, wenn der Vorrang des kürzeren Schulweges gesichert ist und die Schülerbeförderung zu gleichen Konditionen wie bei Gymnasien erfolgt.“

So lautet die Verpflichtung die sich die Stadträtinnen und Stadträte der Fraktion DIE LINKE. im Kommunalwahlprogramm 2009 auferlegt haben. An dieser Zielsetzung gibt es auch heute keinerlei Abstriche. Wir halten die Einräumung der mit der Wahlmöglichkeit des Schulstandortes verbundenen Option für Eltern, auch an staatlichen Schulen dass für die Bildung ihre Kinder beste pädagogische Konzept frei wählen zu dürfen, für wichtig und längst überfällig.

Wir meinen nach wie vor, dass eine Ratsentscheidung über die freie **Wahlmöglichkeiten der Nutzung einer staatlichen Schule an einem von den Eltern gewünschten Schulstandort,** verbunden mit den dort angebotenen Bildungs- und Erziehungskonzepten, nicht losgelöst von den konkreten Rahmenbedingungen in Sachsen-Anhalt und in der Landeshauptstadt Magdeburg getroffen werden darf.

Es ist aus Sicht der LINKEn Stadtratsfraktion nicht nachzuvollziehen, wenn u. a. Stadträtin Carola Schumann als Bildungspolitische Sprecherin der FDP-Stadtratsfraktion, auf Seiten der Antragsteller zum einen darauf verweist, dass ja schließlich schon seit 2006 die Kommunen in Sachsen-Anhalt lt. Schulgesetz ihre Schuleinzugsbereiche öffnen dürfen und davon populistisch die Frage ableitet „Müssen wir deshalb bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag mit der Öffnung, nicht Abschaffung, warten?“

Zum anderen stellt dieselbe Frau Schumann aber im gleichen Atemzug in der Presse öffentlich fest, dass es die Regierungsparteien des Landes bisher jedoch versäumt haben, hierfür die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Das heißt aus unserer Sicht nichts anderes als: Wir wissen zwar das die Voraussetzung für die Öffnung der Schulbezirke eigentlich nicht gegeben sind, aber da es gewünscht wird, machen wir es einfach mal.

Genau das verstehen wir als DIE LINKE. Stadtratsfraktion nicht unter verantwortungsvoller Politik.

Zwei Rahmenbedingungen sind uns als DIE LINKE. Fraktion im Zusammenhang mit einer verantwortungsvollen Gestaltung des Prozesses der Gewährleistung der freien Wahlmöglichkeit des von Eltern gewünschten Schulstandortes besonders wichtig. Das ist **erstens**, die Gewährleistung von Möglichkeiten der Inanspruchnahme möglicher Wahloptionen des Schulstandortes durch **alle** Familien und zwar unabhängig von deren jeweiligen sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund. Hier sind noch viele Fragen u. a. zu Fahrtkostenerstattungen u. a. m. zu klären.

Zweitens halten wir es für äußerst wichtig, dass die Landeshauptstadt Magdeburg alle im Zusammenhang mit der Sanierung von Schulen im Rahmen des PPP-Programms eingegangenen Verpflichtungen zum langfristigen Erhalt bzw. zur Betreibung von Schulen, buchstabengetreu erfüllen kann.

Frau Schumann und alle anderen Antragsteller wissen genau, dass es an einigen Schulstandorten in Magdeburg lediglich der Wechselentscheidung einiger ganz weniger Eltern bedarf, um die vom Land derzeit festgelegte Mindestschülerzahl für den Erhalt des betreffenden Schulstandortes zu unterschreiten. Niemand kann, basierend auf den derzeitigen Landesregelungen ausschließen, dass im schlimmsten Fall all jene Schulen (hierzu gehören auch gerade erst für viele Millionen Euro sanierte) akut von einer kurzfristigen Schließung bedroht sind, die auf Grund einer individuellen Elternentscheidung die festgelegten Mindestschülerzahlen unterschreiten.

Wer vor einem solchen Hintergrund dann noch, wie Frau Schumann, davon spricht, dass „... die Entscheidung für die Öffnung der Schuleinzugsbereiche eine Entscheidung für mehr Rechte der Eltern, eine Entscheidung für und nicht- wie die Kritiker meinen- gegen unsere Kinder“ ist, sagt leider nur die halbe Wahrheit oder kennt die konkrete Sachlage nicht.

Wir sind der Meinung, dass es nichts mit „Panikmache, Einschränkung von Elternrechten oder dem Festhalten an altem“ zu tun hat, wenn die knappe Hälfte der Stadträtinnen und Stadträte den Intensionen der LINKEn Fraktion folgt und verlangt, dass eine Öffnung der Schulbezirke durch Rahmenbedingungen und Garantien begleitet werden muss, die es allen interessierten Eltern ermöglicht uneingeschränkt von der jeweiligen familiären Situation zu entscheiden und die gleichzeitig sichern, dass wegen dieser individuellen Entscheidung über die Inanspruchnahme des Bildungsangebotes an der einen staatlichen Schule, nicht die Existenz einer anderen Schule in Frage gestellt werden kann.

DIE LINKE. hat zur Lösung dieser nicht unkomplizierten Problematik seit langem einen, wie wir meinen machbaren, weil im Wesentlichen für das Land auch kostenneutralen Vorschlag unterbreitet und begründet.

Warum das Floating-Model (Schüleranzahl bezogene Lehrerstundenzuweisung an staatlichen Schulen) mehrfach durch die zuständigen Behörden des Landes Sachsen-Anhalt abgelehnt wurde, können wir angesichts der berechtigten Wünsche vieler Eltern nach freier Entscheidung zur Wahl des Schulstandortes für ihre Kinder und im Hinblick auf mögliche Standortrisiken in Folge willkürlich entstehender Schülerzahlen an einzelnen Schulen der Landeshauptstadt, nicht mehr nachvollziehen.

Frank Theile
Fraktionsvorsitzender